

# Demokratie braucht Zeit

Erweiterter Kommentar zu Ulrich Mückenbergers Einstiegsvortrag auf der Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Zeitpolitik 25./26.10.2013

Fritz Reheis

28.11.2013

## 1. Demokratie

Um verständlich zu sein, sollten wir mit einer Definition von Demokratie beginnen. Demokratie heißt Volksherrschaft und bezieht sich, je nach Interpretation bzw. Akzentsetzung, auf den Staat (Demokratie als Herrschaftsform), die Gesellschaft (Demokratie als Gesellschaftsform) und den Alltag (Demokratie als Lebensform).

## 2. Erkenntnisinteressen

Demokratie ist Thema vieler wissenschaftlicher Disziplinen (Politikwissenschaft, Soziologie, Geschichtswissenschaft, Philosophie), wobei diese Disziplinen je unterschiedliche Erkenntnisinteressen verfolgen. Wenn wir über Demokratie nachdenken, ist es auf alle Fälle sinnvoll, empirische, analytische und normative Aussagen so gut wie möglich auseinander zu halten.

## 3. Politikwissenschaft

Die Politikwissenschaft interessiert sich vor allem für die Demokratie als Herrschaftsform. Ihr gilt die Demokratie als eine bestimmte Form, wie politische Herrschaft organisiert sein kann. Aus dieser Perspektive besteht ein enger Bezug zwischen Politik und Staat. Der Politikbegriff bezieht sich mehr auf die dynamische Seite, der Staatsbegriff mehr auf die statische. Diese Unterscheidung ähnelt jener, die auch bei der Thematisierung von Natur üblich ist: einerseits Natur als Werden und Vergehen inklusive Evolution (*natura naturans*), andererseits Natur als Gestalt (*natura naturata*). Gemeinsam ist der dynamischen und der statischen Seite, also von Politik und Staat, dass es dabei um das verbindliche Allgemeine (allgemeine Angelegenheiten, die für jeden verbindlich sind) bzw. das allgemein Verbindliche (verbindliche Regelungen, die für alle gelten) im Zusammenleben der Menschen geht.

## 4. Dimensionen des Politischen

In der Politikwissenschaft werden üblicherweise eine formale und eine materiale Betrachtungsweise unterschieden, wobei die formale weiter in eine statische und eine dynamische Unterperspektive ausdifferenziert werden kann. So entstehen die drei Dimensionen des Politischen, die zum grundlegenden Werkzeug der politikwissenschaftlichen Arbeit zählen: die Ordnungsdimension (*polity*), die Prozessdimension (*politics*) und die Inhaltsdimension (*policy*). Auf die Ordnungsdimension zielen Fragen nach dem Ordnungsbedarf oder nach Institutionen, die Ordnungen aufrecht erhalten. Auf die Prozessdimension zielen Fragen nach den Verfahren, die durch die Institutionen geregelt sind und Ordnung gewährleisten sollen. Und auf die (materiale) Inhaltsdimension zielen Fragen nach den Leistungen und Ergebnissen, die durch diese formalen Gestaltungselemente ermöglicht werden.

## 5. Zeitpolitik und Dimensionen des Politischen

Für eine zeitpolitische Sicht auf Demokratie sind alle Zusammenhänge interessant, die zwischen dem verbindlichen Allgemeinen bzw. dem allgemeinen Verbindlichen einerseits und der Demokratie als Volksherrschaft (Herrschaftsform, Gesellschaftsform,

Lebensform) andererseits bestehen. Im Folgenden einige Fragen und modellhafte Überlegungen, die dazu dienen sollen, den Zeitbedarf der Demokratie etwas genauer zu erforschen, um daraus letztlich normative Folgerungen ziehen zu können.

(siehe auch: Fritz Reheis, Zeit lassen! Ein neues Leitbild für die Politik, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, Heft 2, 1999 (Jg. 28), S. 213-226)

## 5.1 Ordnungsdimension

**5.1.1 Leitfragen:** Bei welchen Aspekten des Zusammenlebens erscheint die bisherige Ordnung des verbindlichen Allgemeinen bzw. des allgemein Verbindlichen korrekturbedürftig? In welchen zeitlichen Abständen werden Ordnungen auf ihre Tauglichkeit hin faktisch überprüft und sollten sie normativ überprüft werden? Durch welche Periodizität sind politische Gegebenheiten gegenwärtig gekennzeichnet und wie sollte sie in Zukunft gestaltet werden?

**5.1.2 Modellvorstellung:** Über den längsten Teil der Menschheitsgeschichte wurde das Zusammenleben durch Rituale geordnet, deren Herkunft und Legitimität nicht weiter hinterfragt wurde. Erst seit es Staat und Politik gibt, wird bewusst, dass Ordnungen prinzipiell gestaltbar, also veränderbar sind. In der Politikwissenschaft wird dies beispielhaft im Modell des Politikzyklus abgebildet: Institutionell konkretisierte Ordnungen zeitigen nach einer gewissen Zeit immer wieder zu Unzulänglichkeiten, Destabilisierungen und Konflikten, die ab einem bestimmten Punkt zur teilweisen oder vollständigen Auflösung und zur Korrektur oder Neuschöpfung von institutionell konkretisierten Ordnungen führen, bis diese wiederum brüchig werden. Demokratische Politik gestaltet diesen Konsens-Konflikt-Konsens-Zyklus bewusst. Zeitpolitik müsste also vor allem darin bestehen, sensibel auf den jeweils aufziehenden Neuordnungsbedarf zu reagieren und den Wandel der Ordnung zeitsensibel zu gestalten.

## 5.2 Prozessdimension

**5.2.1 Leitfragen:** Wie langsam bzw. wie schnell wird das verbindlichen Allgemeinen bzw. des allgemein Verbindlichen faktisch definiert, wie schnell sollte es definiert werden? Wie stark sind die Bürger bei diesen Definitionsprozessen beteiligt, wie stark sollten sie beteiligt sein? Welche Themen sind „systemrelevant“, welche nur „technisch“? An welchen Diskussionen und Entscheidungen sollten die Bürger direkt mitwirken, an welchen nur indirekt, indem sie Vertreter wählen? Bei welchen Fragen ist die Teilnahme aller Betroffenen unerwünscht oder unmöglich, so dass advokatorische Formen der Partizipation angebracht oder unumgänglich sind?

**5.2.2 Modellvorstellung:** Politische Willensbildung im demokratischen Verfassungsstaat soll nach einem Vorschlag von Habermas Ratio (Vernunft) und Voluntas (Entscheidung) zusammenführen. Eine Herrschaftsform kann nur dann als demokratisch gelten, wenn beide Elemente ausbalanciert sind. Weder eine rein auf die Ratio gestützte (Philosophenstaat, Aufgeklärte Monarchie) noch eine rein auf die Voluntas gestützte Ordnung (plebiszitäre Tyrannei ohne Respekt vor Menschenrechten) können also demokratisch genannt werden.

Aus zeitpolitischer Perspektive kann der Prozess der Suche nach dem verbindlichen Allgemeinen bzw. dem allgemein Verbindlichen als Form des kollektiven Handelns modelliert werden. Handeln ist in zeitlicher Hinsicht durch Dauer und Zyklus charakterisiert. Verfassungen enthalten eine Fülle von Bestimmungen, die eine angemessene Dauer und eine zyklische Struktur des demokratischen Prozesses sichern. In Bezug auf die Dauer von Willensbildungs-Prozessen muss für hinreichend weite Zeithorizonte der Reflexion und für die Basisnähe der Entscheidung gesorgt werden. In Hinblick auf die Zyklizität kommt es darauf an, dass aktuelle Fragen stets in das Kontinuum von Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft eingebettet werden und Entscheidungen bzw. aus ihnen resultierende politische Projekte voneinander abgrenzbar bleiben, damit sie kontrollierbar und ggf. rückholbar sind. Nur so kann die Fehlerfreundlichkeit von demokratischer Politik gesichert werden. Ein Mittel zur Sicherung der Fehlerfreundlichkeit ist die zeitliche Befristung von Entscheidungen als

Selbstbindung des Souveräns, verbunden mit der Selbstverpflichtung der regelmäßigen Evaluation der Resultate.

Zeitökologisch orientierte politische Verfahren sind letztlich zentral durch die Fähigkeit des Innehaltens (Inseln der Reflexion) gekennzeichnet: als Kraftquelle für die theoretische Antizipation des Neuen und damit als Voraussetzung für die praktische Innovation. Unter Zeitdruck hingegen schrumpfen die Zeithorizonte, die Reflexion beschränkt sich auf die verlängerte Gegenwart (Ratio), es wird zentral und hierarchisch entschieden und dabei werden nur so genannte Sachzwänge ohne Anfang und Ende abgearbeitet (Voluntas).

Es gibt eine Fülle von Möglichkeiten der Entschleunigung des demokratischen Prozesses. Um den Raum für die Ratio zu vergrößern, eignet sich die Erweiterung der Pluralität der einbezogenen Aspekte (wissenschaftliche und zivilgesellschaftliche Politikberatung wie z.B. der Große Ratschlag, bewusste Einbeziehung interkultureller Perspektiven). Und um den Respekt vor der Voluntas zu erhöhen, empfehlen sich Kompetenzverlagerungen von der Exekutive zur Legislative, die Verstärkung plebiszitärer Elemente, die Erhöhung der Hürden für Mehrheitsentscheidungen, Moratorien und Wiederholungen zu Abstimmungsprozessen, ggf. auch die Ausweitung des unveränderlichen Verfassungskerns durch Schutzvorkehrungen in Hinblick auf zukünftige Generationen.

Generell kann festgehalten werden, dass mit der Erhöhung der räumlichen und zeitlichen Komplexität (zusammengefasst als sachliche Aufgabenkomplexität) der Umwelt eines Systems auch die materiellen und geistigen Ressourcen, die dieses System benötigt, um seine Aufgaben zu bewältigen, zunehmen müssen. Ziel muss es also sein, einen Prozess der wechselseitigen Anpassung von Anforderungen und Ressourcen zu initiieren. Dies gilt sowohl für die individuelle wie die kollektive Ebene, das personale Handeln wie die Gestaltung des Gemeinwesens.

### 5.3. Inhaltsdimension

5.3.1 **Leitfragen:** Welche Ergebnisse produziert der politische Prozess und welche soll er produzieren? Wie greift er in die zeitlichen Verhältnisse des Zusammenlebens ein und wie sollte er eingreifen?

5.3.2 **Modellvorstellung:** Aus zeitökologischer Perspektive besteht das Leben in der Kunst der Synchronisation. Dabei sind drei deutlich unterscheidbare Arten von Synchronisationsleistungen zu erbringen: die Synchronisation des Menschen mit der außermenschlichen Natur (ökologische Synchronisation: Quellen und Senken des Naturhaushalts), die Synchronisation mit Seinesgleichen (soziale Synchronisation: intra- und intergenerativer geistiger und materieller Austausch) und mit sich selbst (personale Synchronisation: Tun und Lassen, Arbeit und Muße, Verändern und Begreifen/Reflektieren). Die bisherigen Anstrengungen der Deutschen Gesellschaft für Zeitpolitik galten verschiedenen Aspekten dieser politischen Synchronisationsaufgaben (z.B. Synchronisation von Familienzeiten und Arbeitszeiten).

## 6. Zeitpolitik und Ebenen des Politischen

Wenn Demokratie als Herrschafts-, Gesellschafts- und Lebensform begriffen wird, muss das Zusammenleben der Menschen vom Geist der Demokratie durchdrungen sein. Dies betrifft zum einen die Ebenen der Staatlichkeit (Kommune, Gliedstaat, Zentralstaat, staatenübergreifende politische Institutionen), zum andern auch die gesellschaftlichen und privaten Räume. Nicht zuletzt die Geschichte lehrt, dass die Demokratie als Herrschaftsform nur auf Dauer bestehen kann, wenn auch die gesellschaftlichen und privaten Institutionen ein ausreichendes Maß an demokratischem Bewusstsein und demokratischen Verhaltensweisen ermöglichen und fördern.

## 7. Umverteilung von Zeit

Ziel ist, auf allen Ebenen angemessene Zeiträume für Bildung, Reflexion, Diskurs,

Abstimmung und Überprüfung (der Ordnung, des Prozesses, des Ergebnisses) zu schaffen. Dieses Ziel erfordert angesichts des herrschenden Zeitregimes umfangreiche Umverteilungen von Zeit. Das herrschende Zeitregime ist teils durch die Unzulänglichkeiten der Politik selbst, zum größeren Teil aber durch die von der Ökonomie geschaffene so genannten Sachzwänge, genauer: die räumliche Ausdehnung und Verdichtung und die zeitliche Beschleunigung und Flexibilitätszumutungen der sozialen Verhältnisse (sachliche Komplexitätsstruktur) geprägt.

### **7.1 Umverteilung im politischen System**

Überall wo auf den einzelnen Ebenen des politischen Systems durch Rückbau von Bürokratie, Einsatz von Experten und Technologien, Rückführung von Partizipation ohne Einschränkung des demokratischen Prinzips, Zentralisierung oder Dezentralisierung von Kompetenzen Zeit für echte demokratische Prozesse gewonnen werden kann, sollte dies auch genutzt werden.

### **7.2 Umverteilung vom ökonomischen ins politische System**

Eine wesentlich umfangreichere Zeitquelle dürfte jedoch das ökonomische System sein. Die gigantischen Produktivitätsfortschritte, die mit der Entwicklung des Kapitalismus einher gegangen sind, werden bisher zum allergrößten Teil vom ökonomischen System dazu genutzt, um immer wieder neue Produkte zu entwickeln und neue Bedürfnisse künstlich zu stimulieren. Ein wachsender Anteil der gesellschaftlichen Arbeitszeit wird zudem für Produkte (Produktion auf Verschleiß, Verkürzung der Produktzyklen, Zurichtung der Gesellschaft auf ein illusionäres Modell des Güterwohlstands) und in Branchen (Werbung und Marketing, Versicherungen, Banken, Finanzindustrie) verausgabt, deren gesellschaftlicher Nutzen fragwürdig ist. Die hier verfügbaren Zeitreserven wären dazu geeignet, auf alle Ebenen des politischen Systems ausreichend Inseln der Reflexivität einzurichten.

### **7.3 Der Große Ratschlag als Schritt zur Integration**

Der Große Ratschlag ist ein erster Schritt in die richtige Richtung. Wenn – analog zur wissenschaftlichen Beratung der Abgeordneten (wissenschaftlicher Dienst des Bundestags, Enquete-Kommissionen) – auch ausgewählte Bürger die Abgeordneten durch ihren Ratschlag unterstützen, werden nicht nur zusätzliche Aspekte des Allgemein verbindlichen bzw. des Verbindlichen Allgemeinen in den politischen Prozess eingespeist. Es findet auch eine Umverteilung von Zeit statt, weil diese Bürger erstens für ihre Tätigkeit von der Erwerbsarbeit freigestellt werden müssen und zweitens die Möglichkeiten des Kapitals, nach eigenen Vorgaben die Alltagszeit der Menschen zu ökonomisieren, durch entsprechende Ratschläge und anschließende Gesetze potenziell eingeschränkt werden könnten.

## **8. Ausblick**

Ein zeitpolitischer Blick auf die Demokratie, der von der Notwendigkeit der wechselseitigen Anpassung von Anforderungen und Ressourcen in einem Gemeinwesen ausgeht (siehe 5.2.2), muss vor allem auch das Verhältnis zwischen den beiden Koordinationsmechanismen Markt und Demokratie untersuchen. Der Markt zeichnet sich durch eine beispiellose Schnelligkeit aus, die durch die spezielle Form der Reduktion von Komplexität (Quantifizierung des Qualitativen: blitzschnelle Unterscheidbarkeit zwischen einem Mehr und einem Weniger bei Preisen und Renditen unter Absehung aller weiteren menschlichen und natürlichen Bedingungen und Folgen) ermöglicht wird. Demokratie ist um Dimensionen langsamer, weil sie auf der Ebene der Qualitäten verbleibt und immer erst die Menschen mitnehmen muss (nachdenken, diskutieren, beschließen). Von zentraler Bedeutung für ein Gemeinwesen, das sich zur Menschenwürde als höchste Norm bekennt, ist, dass die Grenzziehung zwischen beiden Koordinationsmechanismen so erfolgt, dass der Primat der Politik zuverlässig gewährleistet bleibt („demokratiekonforme Märkte“ statt „marktkonforme Demokratie“). Vermutlich müsste die Beweislast umgekehrt werden: Erst wenn nachgewiesen ist, dass die indirekte Koordination über Märkte die geforderten Koordinationsleistungen besser erbringt als die direkte

Koordination über demokratische Prozesse, dürfen Märkte eingerichtet werden. Vielleicht wäre das Leitbild einer „atmenden Demokratie“ in Analogie zum „atmenden Lebensverlauf“ (Karin Jurczyk) sinnvoll: einer Demokratie, die sich selbst rhythmisch in Hinblick auf die Grenzziehung zwischen lebendigen demokratischen Willensbildungsprozessen (Diskurs, Abstimmung, Wahl) und technischen Koordinationssystemen (Bürokratie, Markt) reflektiert.

(siehe auch: Fritz Reheis, Wie die Demokratie dem Markt geopfert wird ... und welche Rolle die Zeit dabei spielt, in: Prager Frühling. Magazin für Freiheit und Sozialismus, Heft 16: „Burn-out den Verhältnissen“), online: <http://www.prager-fruehling-magazin.de/de/article/1025.wie-die-demokratie-dem-markt-geopfert-wird.html>)